S 2 RJ 363/00

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

6

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 2 RJ 363/00 Datum 11.11.2002

2. Instanz

Aktenzeichen L 6 RJ 30/03 Datum 27.04.2004

3. Instanz

Datum -

- I. Auf die Berufung der KlĤgerin wird die Beklagte unter AbĤnderung des Urteils des Sozialgerichts Augsburg vom 11. November 2002 sowie des Bescheides vom 16. November 1999 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom vom 16. Mai 2000 verpflichtet, der KlĤgerin ab 01. September 1999 Rente wegen BerufsunfĤhigkeit zu zahlen
- II. Die Beklagte hat der Klägerin deren notwendige auÃ∏ergerichtliche Kosten beider Rechtszüge zu erstatten.
- III. Der Beklagten werden die Kosten des Verfahrens in Höhe von 500,00 EUR zu Gunsten der Staatskasse auferlegt. IV. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten (nurmehr) um die Leistung einer Rente wegen BerufsunfĤhigkeit.

Die 1948 geborene Klägerin hat zwischen 1963 und 1966 eine Lehre zur technischen Zeichnerin erfolgreich absolviert und bis April 1968 in diesem Beruf gearbeitet. AnschlieÃ□end war sie bis Anfang 1982 Hausfrau. Vom 11.01.1982 bis 31.12.1988 hat sie sodann bei der Firma Metallwerke L. GmbH im Labor als

Angestellte gearbeitet, wo sie nach dem Tarif T3 des Tarifvertrags der Metallindustrie Sýdwýrttemberg-Hohenzollern entlohnt wurde. Ein durch die Süddeutsche Edel- und Unedelmetall-Berufsgenossenschaft im Zusammenhang mit dem Ausscheiden aus diesem Arbeitsverhältnis durchgeführtes Verfahren zur Feststellung einer Berufskrankheit (BK 4302) wurde nicht abgeschlossen Mit Schreiben vom 28.05.1991 war der Klägerin mitgeteilt worden, nach dem seinerzeitigen Verfahrenstand könne eine Berufskrankheit wohl nicht anerkannt werden, nachdem diese insbesondere sich nicht bereit erklärt hatte, die zur Abklärung des Lungengerüstprozesses erforderliche transbronchiale Lungenbiopsie vornehmen zu lassen. AnschlieÃ∏end war die Klägerin bis zum Jahre 1996 als Repro-Hilfskraft im Druckhaus U. tätig, sodann im Juli 1996 als Buchbinder-Hilfskraft und daran anschlieÃ∏end als Küchenhilfe in der "S.-Hilfe fþr ältere Menschen". Zwischen September 2000 und Oktober 2003 hat sie eine Nebenbeschäftigung auf geringfÃ⅓qiger Basis ausgeübt.

Am 18.08.1999 beantragte die Klägerin bei der Beklagten die Zahlung einer Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit

Die Beklagte holte das von dem Arzt für innere Medizin Dr.R. am 29.10.1999 erstattete Gutachten ein und lehnte den Antrag mit Bescheid vom 16.11.1999 ab, weil die Klägerin trotz ihrer Gesundheitsstörungen (Körperliche Erschöpfungsempfindungsbeschwerden und depressive Beschwerdesymptomatik. Wiederkehrende Wirbelsäulenbeschwerden. NikotinmiÃ□brauch. Knotenbildung in der Schilddrüse. SpreizfüÃ□e) noch in der Lage sei, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt vollschichtig zu arbeiten.

Im anschlieà enden Widerspruchsverfahren holte die Beklagte das von dem Facharzt fà 1/4r Neurologie und Psychiatrie Dr.H. am 25.04.2000 erstattete Gutachten ein, nach dessen Auffassung die Klà xgerin in der Lage sei, leichte bis zeitweilig mittelschwere Arbeiten vollschichtig zu verrichten. Unzumutbar seien Zeitdruckarbeiten, Einzel- und Gruppenakkord, Flieà band- und taktgebundene Arbeiten sowie solche, die mit hà xufigem Heben und Tragen von Lasten ohne mechanische Hilfsmittel verbunden seien sowie Tà xtigkeiten mit besonderen Anforderungen an die nervliche Belastbarkeit. Mit Widerspruchsbescheid vom 16.05.2000 hat die Beklagte daraufhin den Widerspruch zurà 1/4 ckgewiesen.

Dagegen hat die Klägerin zum Sozialgericht Augsburg Klage erhoben. Die von der Beklagten als zumutbar angesehene Tätigkeit als Kþchenhilfe könne sie schon deshalb nicht mehr verrichten, wei es sich um eine Schwerarbeit handele.

Zur AufklĤrung des Sachverhalts hat das Sozialgericht eine Auskunft der S.-Hilfe GmbH M. ýber die Tätigkeit der Klägerin im Jahre 1997 eingeholt, einen Befundbericht des Diplompsychologen S. und das von dem Facharzt fýr psychotherapeutische Medizin und Psychoanalyse, Rehabilitationswesen Dr.S. am 15.02.2001 erstattete Gutachten. Dieser stellte als Gesundheitsstörungen eine Dysthymie sowie Somatisierungsstörungen fest und hielt die Klägerin für noch in der Lage, drei bis unter sechs Stunden täglich zu arbeiten. Unzumutbar seien schweres Heben und Tragen von Lasten ohne mechanische Hilfsmittel, häufiges

Treppen- und Leiternsteigen, Arbeiten überwiegend im Stehen, in Zwangshaltungen, mit Zeitdruck, Einzel- und Gruppenakkord sowie FlieÃ□band- und taktgebundene Arbeiten, Wechselschicht und Nachtarbeiten sowie alle Arbeiten mit erhöhter Anforderung an die nervliche Belastbarkeit und an das Konzentrations- und Reaktionsvermögen.

Nach Auffassung des von der Beklagten hierzu gehĶrten Arztes für Neurologie und Psychiatrie Dr.K. in seiner Stellungnahme vom 02.03.2001 bedingten die psychopathologischen Befunde, wie sie im Gutachten des Dr.S. beschrieben seien, keine leistungsmindernde Beeinträchtigung der Klägerin in zeitlicher Hinsicht.

Das Sozialgericht holte sodann das von der FachĤrztin für Neurologie und Psychiatrie Dr.P. am 18.09.2001 erstattete Gutachten ein. Die SachverstĤndige vertrat die Auffassung, bei der KlĤgerin liege ein leicht gebessertes ErschĶpfungssyndrom und eine Dysthymie nach langjĤhriger psychosozialer Belastung bei überwiegend depressiv strukturierter PrimĤrpersĶnlichkeit vor sowie ein rezidivierendes WirbelsĤulensyndrom, eine Gonarthrose links und eine Varikosis. Damit sei die KlĤgerin noch in der Lage, acht Stunden tĤglich kĶrperlich leichte und psychisch nicht belastende TĤtigkeiten des allgemeinen Arbeitsmarktes zu verrichten. Zu vermeiden seien TĤtigkeiten mit einseitigem Stehen und Gehen und schwererem Heben und Tragen sowie hĤufigem Bücken. Deutlich beeintrĤchtigt seien die nervliche Belastbarkeit, die Ausdauer und das DurchhaltevermĶgen.

Die KlĤgerin hat sich hierzu dahin geĤuÃ☐ert, dass sie mit den genannten EinschrĤnktungen den erlernten Beruf einer technischen Zeichnerin oder qualitativ gleiche TĤtigkeiten nicht mehr ausgeýben könne, weshalb Anspruch auf Rente wegen Berufsunfähigkeit bestehe. Eine Loslösung von diesem Beruf habe nicht stattgefunden, da sie nach ihrer Familienpause im Ausbildungsberuf keine Stelle mehr gefunden habe.

Auf Antrag der Klä¤gerin gemä¤ä <u>lå§ 109</u> Sozialgerichtsgesetz (SGG) holte das Sozialgericht das von der Fachä¤rztin fä½r Neurologie und Psychiatrie Dr.K. am 01.07.2002 erstattete Gutachten ein. Diese erklä¤rte, aus nervenä¤rztlicher Sicht stehe im Vordergrund eine Erschä¶pfungsdepression auf dem Boden einer Dysthymie bei depressiv-selbstunsicherer Primä¤rpersä¶nlichkeit. Gegenä¼ber der Begutachtung durch Dr.H. sei eine deutliche Verschlechterung eingetreten. Schwere und mittelschwere kä¶rperliche Tä¤tigkeiten unter Zeitdruck, in Nacht- oder Wechselschicht und mit besonderen Anforderungen an die nervliche Belastbarkeit kä¶nnten nicht mehr verrichtet werden. Tä¤tigkeiten, die diesen Kriterien entsprä¤chen, kä¶nnten noch tä¤glich vier bis unter sechs Stunden verrichtet werden.

Hierzu hat die Beklagte eine Stellungnahme nach Aktenlage von Dr.med.W. vom 20.09.2002 vorgelegt, nach deren Auffassung das Gutachten sozialmedizinisch mangelhaft sei. Die von der Gutachterin vorgenommene medizinische Wertung unter sozialmedizinischen Gesichtspunkten und die getroffene LeistungseinschrĤnkung seien nicht schlļssig, nicht nachvollziehbar, nicht

objektivierbar und nicht validiert. Neue medizinische Gesichtspunkte oder Befundtatsachen von sozialmedizinischer Relevanz enthalte das Gutachten nicht.

Mit Urteil vom 11.11.2002 hat das Sozialgericht die Klage abgewiesen. Hinsichtlich der EinschĤtzung des beruflichen LeistungsvermĶgens der KlĤgerin hat es sich auf das Gutachten der medizinischen SachverstĤndigen Dr.P. vom 18.09.2000 gestützt, wohingegen das Gutachten von Dr.K. und auch das von Dr.S. nicht schlüssig und nachvollziehbar seien. Zu Recht sei darauf hingewiesen worden, dass Dr.S. seine Einschäutzung einer zeitlichen Leistungsminderung nicht näuher begrýnde und den bei der Klägerin durchaus beachtlichen privaten Aktionsradius nicht hinreichend würdige. Es falle auf, dass der psychiatrische Befund im Gutachten von Dr.K. nicht wesentlich von dem des Gutachtens von Dr.P. abweiche; zutreffend weise Dr.W. darauf hin, dass eine Verschlechterung des Gesundheitszustands objektiv nicht nachgewiesen und auch keine schweren körperlichen und seelischen Behinderungen festgestellt worden seien, die eine zeitliche Leistungsminderung rechtfertigen kA¶nnten. Damit sei die KlAzgerin nicht erwerbsunfĤhig. Sie sei aber auch nicht berufsunfĤhig, weil sie sich von ihrem erlernten Beruf als technische Zeichnerin aus nicht gesundheitsbedingten Gründen gelöst habe. Die später ausgeübten Tätigkeiten seien nach dem des angelernten Arbeiters der unteren Ebene zuzuordnen mit der daraus folgenden Verweisbarkeit auf den allgemeinen Arbeitsmarkt.

Dagegen hat die Klägerin Berufung einegelegt. Sie trägt vor, der von Dr.P. angenommene beachtliche private Aktionsradius liege, was die sozialen Kontakte angehe, bei vier bis fþnf Stunden im Monat. Hinsichtlich der sonstigen Aktivitäten folge sie den Ratschlägen ihres Therapeuten. Das Sozialgericht habe im Ã□brigen die von ihr ausgeübte Tätigkeit als Laborantin unzutreffend dem Leitbild des angelernten Arbeiters der unteren Ebene zugeordnet. Die höhere Qualifikation ergebe sich aus der tariflichen Einstufung nach der Lohngruppe T3, der Dauer der Berufsausübung und der Anforderung des Berufs, da sie als einzige Kraft im Labor u.a. mit der Erstellung umfangreicher Metallanalysen befasst gewesen sei. Auch seien ihre Vorkenntnisse in einem Metallberuf als technische Zeichnerin nicht beachtet worden.

Zur Aufklärung des Sachverhalts hat der Senat Auskünfte der Firma Metallwerk L. GmbH eingeholt, wonach die Klägerin im Galvaniklabor als Angestellte tätig gewesen sei; es habe sich um eine angelernte Tätigkeit gehandelt und sie sei nach Tariflohn T3 (Süd-Westmetall) entlohnt worden. Weitere Auskünfte wurden vom Druckhaus U. eingeholt, wonach die Klägerin in der Zeitungssetzerei als Hilfskraft mit zweiwöchiger Anlernzeit tätig gewesen sei sowie von der S.-Hilfe für ältere Menschen, wo die Klägerin in der allgemeinen Hauswirtschaft mit dem Schwerpunkt Verteilerküche tätig gewesen sei mit einer Anlernzeit von ca. vier Wochen.

Zu der Auskunft der Firma Metallwerk L. hat die Kl \tilde{A} ¤gerin erkl \tilde{A} ¤rt, diese sei nur sehr unzureichend und teilweise nicht zutreffend. Sie sei als Laborantin eingestellt worden und habe \tilde{A} ½ber die theoretischen Kenntnisse und praktischen

FÃ α higkeiten einer Fachkraft verfÃ α dgt. Das Metallwerk L. habe u.a. hochwertige Gleitlager fÃ α dr Flugzeuge gefertigt; den Kunden seien verbindliche PrÃ α dr Flugzeuge und Atteste von Werkstoffanalysen ausgestellt worden, was nur durch Facharbeiter geschehen dÃ α dr.

Zur weiteren AufklĤrung des Sachverhalts hat der Senat die Berufskrankheits-Akten der Süddeutschen Edel- und Unedelmetall-Berufsgenossenschaft beigezogen und von dem von der Klägerin benannten Zeugen W. T. eine Auskunft eingeholt. Dieser hat am 26.06.2003 erklärt, er habe vorübergehend die Tätigkeit als Laborleiter des Metallwerks L. ausgeführt und habe die Klägerin eingelernt, bis sie alle Tätigkeiten selbständig habe ausführen können, die der frühere Laborleiter verrichtet habe. Den genauen Zeitraum der Ausbildungszeit könne er nicht angeben. Es seien aber keine zwei Jahre gewesen.

Der zum gerichtlichen Sachverständigen bestellte Internist Dr.E. hat sodann im Gutachten vom 17.11.2003 die Auffassung vertreten, die Klängerin sei seit August 1999 in der Lage, acht Stunden tänglich leichte Arbeiten zu verrichten, die nicht ausschlieällich im Stehen oder Gehen erbracht werden mälssten. Stehende Täntigkeiten mit gelegentlichem Positionswechsel seien mäßlich. Die Klängerin sollte älserwiegend in geschlossenen Ränumen arbeiten, zu vermeiden sei der Einfluss von Nänsse und Känlte, Täntigkeiten unter Zeitdruck, am Flieälband, im Akkord und in Nachtschicht, das Heben und Tragen von schweren Lasten und Täntigkeiten mit hänufigem Bälsehn und in Zwangshaltungen. Es sei als sehr wahrscheinlich anzusehen, dass die Täntigkeit im Labor im Jahre 1988 aus gesundheitlichen Gräßnden beendet werden musste. Nach den vorliegenden Befunden hänte bei einer weiteren Ausälsehung dieser Täntigkeit mit einer Verschlimmerung der Symptomatik und der Lungenfunktion gerechnet werden mälsen.

Der Senat hat sodann den Lohn- und Gehaltsrahmentarifvertrag I 1988 der Metallindustrie $S\tilde{A}^{1}/_{4}dw\tilde{A}^{1}/_{4}rttemberg-Hohenzollern in das Verfahren eingef\tilde{A}^{1}/_{4}hrt und den Beteiligten zur Kenntnis <math>\tilde{A}^{1}/_{4}$ bersandt.

Die Beklagte hat erklå¤rt, es kå¶nne dahingestellt bleiben, ob die Tå¤tigkeit als Laborantin beim Metallwerk L. im Jahre 1988 aus gesundheitlichen Grå¼nden aufgegeben worden sei, da es sich nach der Aussage der Firma und des ehemaligen Laborleiters um eine Tå¤tigkeit mit einer Anlernzeit von mehreren Monaten gehandelt habe. Auch habe die Klå¤gerin nicht å¼ber die theoretischen Kenntnisse und praktischen Fertigkeiten einer Facharbeiterin verfå¼gt. Sie sei hinsichtlich der Tå¤tigkeit als Laborantin allenfalls dem oberen Anlernbereich zuzuordnen und kå¶nne noch Tå¤tigkeiten als Warenaufmacherin/Versandfertigmacherin, Mitarbeiterin in der Poststelle eines Betriebes oder einer Behå¶rde und als Tagespfå¶rtnerin oder Warensortiererin arbeiten.

Der Senat holte anschlie̸end einen Befundbericht des Facharztes für psychotherapeutische Medizin Dr.T. vom 27.11.2003 ein. Nach einem vorgelegten Attest der Allgemeinmedizinerin Dr. S. vom 15.12.2003 leide die Klägerin an einem chronischen Erschöpfungszustand und könne nur zwei Stunden hintereinander

arbeiten; anschlie̸end benötige sie eine Pause.

Die Firma Metallwerk L. GmbH hat mit Schreiben vom 19.12.2003 zur TĤtigkeit der Klägerin ausgeführt, diese sei als Leiterin des Labors angestellt gewesen, zu ihren Aufgaben habe es gehĶrte, die tĤglichen Proben des Produktionsmaterials auf deren metallurgische Zusammensetzung zu untersuchen. Diese Untersuchungen seien im nasschemischen Verfahren durchgefļhrt worden, die angewandten Verfahren seien recht aufwendig gewesen. Sie hĤtten ein groÄ∏es Fachwissen und genaues, sorgfĤltiges Arbeiten verlangt. Die KlĤgerin sei als gelernte technische Zeichnerin auf diese Position eingesetzt und durch einen freischaffenden Chemietechniker angelernt worden. Die Anlernzeit habe etwa ein lahr gedauert. Sie habe dem Laborbereich voll eigenverantwortlich vorgestanden und ihr habe die Organisation und das Bestellwesen fýr diesen Bereich oblegen. Auf Grund ihrer Ergebnisse seien Produktionsfreigaben erteilt und QualitÃxtszertifikate über die Legierungen ausgestellt worden. Ihre TÃxtigkeit habe einen ma̸geblichen Beitrag für den korrekten Betriebsablauf erbracht. Sie habe die Verantwortung und Vorzüge einer Fachkraft genossen. Durch die Vorkenntnisse aus der technischen Ausbildung habe die KlĤgerin nicht alle fļr den Beruf der Laborantin notwendigen Kenntnisse neu erlernen mýssen, sondern nur die fachspezifischen Detailkenntnisse. Auf Grund dieser FĤhigkeiten und Kenntnisse sei sie als Laborantin im AngestelltenverhĤltnis beschĤftigt gewesen und auch bezahlt worden, obwohl sie keine Abschlussprå¼fung als Laborantin abgelegt habe.

Die Beklagte hat hierzu eine Stellungnahme von Dr. N. vorgelegt, wonach die Klä α gerin leichte Tä α tigkeiten sowohl auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt als auch als Laborantin vollschichtig verrichten kä α nne. Auch kä α nne nicht davon ausgegangen werden, dass die Aufgabe der Tä α tigkeit als Laborantin aus gesundheitlichen Grä α 4nden erfolgt sei.

Hierzu hat der Senat eine nach Aktenlage am 29.02.2004 erstellte ergĤnzende Stellungnahme des gerichtlichen SachverstÄxndigen Dr.E. eingeholt, der erklÄxrte, aufgrund der Vorbefunde stehe fest, dass seinerzeit VerÄxnderungen an der Lunge bestanden hÃxtten, die zwar noch nicht zu einer wesentlichen FunktionseinschrĤnkung gefĽhrt hĤtten; es seien aber rĶntgenologische VerĤnderungen vorhanden gewesen wie auch eine leichte DiffusionsstĶrung. Zweifellos seien diese VerĤnderungen im Wesentlichen auf das langjĤhrige Rauchen zurĽckzufļhren gewesen. Bei einer bestehenden pulmonalen VorschĤdigung, egal welcher Ursache, seien zusĤtzliche inhalative Noxen zu vermeiden, die bei der TÄxtigkeit der KlÄxgerin zum damaligen Zeitpunkt vorhanden waren, wie sich aus der Akte der Berufsgenossenschaft ergebe. Bei den nachgewiesenen pulmonalen Schäzdigungen musste die Beendigung der LabortÃxtigkeit aus sozialmedizinischer Sicht zur Vermeidung einer Verschlimmerung empfohlen werden. Die Einholung eines weiteren Gutachtens auf psychiatrischem Fachgebiet sei im Hinblick auf die von Dr.P. durchgführte Untersuchung nicht erforderlich und es habe sich im Zeitpunkt seiner Begutachtung keine Verschlechterung gegenļber den beschriebenen Vorbefunden ergeben.

In der $m\tilde{A}^{1}/_{4}$ ndlichen Verhandlung des Senats vom 27.04.2003 hat der durch eine Terminsvollmacht ausgewiesene Vertreter der Beklagten erkl \tilde{A} $^{\mu}$ rt, er sei schriftlich angewiesen, in der $m\tilde{A}^{1}/_{4}$ ndlichen Verhandlung einen Antrag zu stellen. Der Senat hat daraufhin auf die sich aus \tilde{A} $^{\delta}$ 192 Abs.1 Satz 1 Ziff.2 SGG ergebenden Folgen hingewiesen.

Die KlĤgerin beantragt,

die Beklagte unter Abänderung des Urteils des Sozialgerichts Augsburg vom 11.11.2002 sowie des Bescheides vom 16.11.1999 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 16.05.2000 zu verurteilen, ihr ab 01.09.1999 Rente wegen Berufsunfähigkeit zu zahlen.

Der BevollmAxchtigte der Beklagten beantragt,

die Berufung zurýckzuweisen.

BezÃ $\frac{1}{4}$ glich weiterer Einzelheiten des Tatbestandes wird im Ã $\frac{1}{2}$ brigen verwiesen auf den Inhalt der Akten des Gerichts und der beigezogenen Akten der Beklagten sowie der Unfallakten der SÃ $\frac{1}{4}$ ddeutschen Edel- und Unedelmetall Berufsgenossenschaft, die sÃ $\frac{1}{4}$ mtlich Gegenstand der mÃ $\frac{1}{4}$ ndlichen Verhandlung waren.

Entscheidungsgründe:

Die form- und fristgerecht eingelegte Berufung der Klägerin ist zulässig, sie ist auch begründet entsprechend dem am Schluss der mündlichen Verhandlung gestellten Antrag, weil die Beklagte verpflichtet ist, der Klägerin ab 01.09.1999 Rente wegen Berufsunfähigkeit zu leisten. Die Klägerin ist seit Antragstellung in ihrer Erwerbsfähigkeit wegen Krankheit oder Behinderung auf weniger als die Hälfte derjenigen von körperlich, geistig und seelisch gesunden Versicherten mit ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten gesunken (§ 43 Abs.2 Satz 1 Sechstes Buch Sozialgesetzbuch â \square SGB VI â \square in der wegen der Antragstellung im August 1999 noch anwendbaren, bis 31.12. 2000 gültigen Fassung). Hinsichtlich der ursprünglich beantragten Rente wegen Erwerbsunfähigkeit hat die Klägerin ihren Antrag in der mündlichen Verhandlung nicht mehr aufrecht erhalten.

Die in den Verfahren erster und zweiter Instanz durchgeführten Begutachtungen haben ergeben, dass die Erwerbsfähigkeit der Klägerin durch die bei ihr festgestellten Gesundheitsstörungen bereits merklich eingeschränkt ist. Bei der Untersuchung durch Dr.E. bezeichnete sie als gravierendste Beschwerden ihre Magenschmerzen. So sei es seit etwa 1998/1999 bei Stress zu akuten Schmerzen im Oberbauch von krampfartigem Charakter gekommen, manchmal mit Erbrechen. Auch bestehe weiterhin eine ausgeprägte Müdigkeit, die morgens zwei Stunden Anlaufzeit erfordere und nur eine kurze Belastbarkeit zulasse. Daneben leide sie an Ohrgeräuschen und Nacken- und Kopfschmerzen nach zwei Stunden sitzender Position.

Dr.E. weist auf die am 12.08.2003 durchgeführte Gastroskopie hin, die eine Soor-̸sophagitis nachgewiesen hat sowie eine deutliche Schleimhautrötung im Magen. Histologisch ergab sich eine chronische aktive Antrumgastritis mit inkompletter intestinaler Metaplasie und eine Helicobacter-Besiedelung. Eine Kontrollgastroskopie hat am 10.09.2003 nur mehr residuale Flocken im ̸sophagus ohne EntzÃ1/4ndungszeichen ergeben, weshalb die Notwendigkeit weiterer Ma̸nahmen nicht mehr gesehen wurde. Zum Untersuchungszeitpunkt nahm die KIägerin weiterhin einen H2-Blocker zur Säurereduzierung ein, ohne die es zu einer erheblichen Beschwerdezunahme komme. Sonographisch vermochte Dr.E. keine pathologischen Befunde an den Oberbauchorganen vorzufinden. Der SachverstĤndige betont, dass die zuletzt endoskopisch erhobenen Befunde die weiterhin bestehenden deutlichen Beschwerden nicht erklärten, anzunehmen sei bestenfalls eine geringere Refluxsymptomatik, wenngleich endoskopisch keine axiale Hernie und keine Cardiainsuffizienz beschrieben worden seien. Auszugehen sei von einem funktionell psychovegetativ überlagerten Beschwerdebild. Die im Zusammenhang mit der Soor-Ã\(\text{Sophagitis durchgef}\text{A}\)\/\/4hrte Laboruntersuchung konnte einen chronischen Krankheitsprozess ausschlie̸en; auffällig war nur mehr, dass im Differenzialblutbild Reizformen von Blutzellen wie Thrombozyten und Lymphozyten auftreten, was ein unspezifisches Zeichen eines Zustands nach entzündlichem Prozess sein könnte. Hieraus ergibt sich jedoch noch keine sozialmedizinische Konsequenz.

Bei der Untersuchung der Lunge gab die Klägerin keine Atembeschwerden und auch keine bronchitischen Symptome an. Die erhobenen Befunde sprechen nach wie vor für eine geringgradige Gasaustauschstörung, wie sie bereits 1990 diagnostiziert worden ist. Eine wesentliche Leistungseinschränkung ergibt sich daraus nicht. Die noch im Jahre 1990 röntgenologisch nachweisbaren Veränderungen an der Lunge, die seinerzeit auf eine chronische Bronchitis zurückgeführt wurden, sind nunmehr nicht mehr nachweisbar. Es kann also von einer gewissen Besserung ausgegangen werden. Im Jahre 1988 war mit Sicherheit ein Wechsel des Arbeitsplatzes zu empfehlen gewesen, da auch bei einer chronischen Bronchitis Arbeitsplätze, bei denen reizende Gase und Dämpfe inhaliert werden, zu vermeiden sind.

Dr.E. betont, dass die sowohl in Ruhe als auch unter und nach der ergometrischen Belastung auftretenden einzelnen Extrasystolen keinen Krankheitswert haben und eine LeistungsbeschrĤnkung nicht nach sich ziehen.

Die Untersuchung der Schilddrüse ergab eine Struma nodosa beidseits bei im Normwert liegendem TSH-Wert. Derzeit besteht keine Schilddrüsenunterfunktion. Bei einer Zunahme der knotigen Veränderungen wäre die Indikation zu einer SchilddrÃ⅓senoperation gegeben, ohne dass sich derzeit eine sozialmedizinische Konsequenz aus diesem Befund ergeben wÃ⅓rde.

Die orientierende Untersuchung der Beweglichkeit an den oberen und den unteren ExtremitĤten zeigte keine FunktionseinschrĤnkung, an der WirbelsĤule war eine Skoliose im BrustwirbelsĤulenbereich mit leichter Asymmetrie und im Schultergļrtelbereich Myogelosen feststellbar. Es kann die Diagnose einer

Wirbelsäulenfehlstatik bei muskulärer Insuffizienz bestätigt werden, ohne dass eine wesentliche Bewegungseinschränkung vorliegt.

An den unteren ExtremitÃxten der KlÃxgerin waren keine Ãdeme nachweisbar; im Stehen bestand am rechten Unterschenkel eine betonte Venenzeichnung mit einzelnen Seitenastvarizen und es zeigten sich einzelne Besenreiser. Es handelt sich dabei um einen geringgradigen Befund, eine chronische venöse Insuffizienz besteht nicht. Bei Tragen eines Kompressionsstrumpfes sind auch stehende TÃxtigkeiten möglich.

Hinsichtlich der von Seiten des neurologisch-psychiatrischen Fachgebiets vorliegenden GesundheitsstĶrungen und deren Auswirkungen auf die ErwerbsfĤhigkeit der KlĤgerin und auch die Nichtverwertbarkeit der Auffassung von Dr.S. und Dr. K. sieht sich der Senat in Ã□bereinstimmung mit der Auffassung und der Beurteilung durch das Sozialgericht in seinem angefochtenen Urteil, weshalb insoweit hierauf Bezug genommen werden kann.

Insgesamt ist das körperliche Leistungsvermögen der Klägerin bereits merklich eingeschränkt und sie ist seit Antragstellung nur mehr in der Lage, leichte körperliche Tätigkeiten zu erbringen, die nicht ausschlieÃ□lich im Stehen oder Gehen durchgeführt werden. Die acht Stunden täglich mögliche Tätigkeit sollte überwiegend in geschlossenen Räumen stattfinden, unter Vermeidung der Einflþsse von Nässe und Kälte. Vermeiden sollte sie auch Tätigkeiten unter Zeitdruck, am FlieÃ□band, im Akkord und in Nachtschicht, das Heben und Tragen von schweren Lasten und Tätigkeiten mit häufigem Bücken und in Zwangshaltungen. Beschränkungen des Anmarschweges zur Arbeitsstätte sind nicht begründbar, da die Klägerin in der Lage ist, viermal am Tag Wegstrecken von deutlich mehr als 500 m in angemessener Geschwindigkeit zurückzulegen.

Mit diesem LeistungsvermĶgen kann bei der Klägerin von Erwerbsunfähigkeit nicht ausgegangen werden (vgl. <u>§ 44 Abs.2 Satz 2 Nr.2 SGB VI</u> a.F.), was sie durch die Beschränkung ihres Antrages in der mýndlichen Verhandlung zugestanden hat.

Die KlĤgerin ist aber seit Antragstellung berufsunfĤhig im Sinne des <u>ŧ 43 SGB VI</u> a.F. Ob dies der Fall ist, beurteilt sich danach, welche ihren KrĤften und FĤhigkeiten entsprechenden TĤtigkeiten ihr unter Berļcksichtigung der Dauer und des Umfang ihrer Ausbildung sowie ihres bisherigen Berufs und der besonderen Anforderungen ihrer bisherigen BerufstĤtigkeit zugemutet werden kĶnnen. Als Ergebnis der Beweisaufnahme steht fest, dass die KlĤgerin innerhalb des von der hĶchstrichterlichen Rechtsprechung zur Frage der Verweisbarkeit eines qualifizierten Arbeiters entwickelten Mehrstufenschemas (vgl. BSG SozR 2200 ŧ 246 Nrn.44, 70, 75, 107, 143, 150, BSG SozR 3-2200 ŧ 247 Nr.17) im Gegensatz zur Auffassung des Sozialgerichts und der Beklagten der dem Facharbeiter entsprechenden Stufe der Berufe mit einer mehr als zweijĤhrigen Ausbildung (Laborantin) zuzuordnen ist. Auszugehen ist dabei vom Hauptberuf, d.h. dem nicht nur vorļbergehend qualitativ hĶchsten Beruf, der aus gesundheitlichen Grþnden aufgegeben werden musste. Die KlĤgerin hat zwar den Beruf einer

technischen Zeichnerin erlernt. Von diesem kann jedoch nicht ausgegangen werden, da sie ihn, ohne dass gesundheitliche Gründe dafür ersichtlich gewesen wären, aufgegeben hat. MaÃ∏geblich ist vielmehr die später bei der Firma Metallwerk L. GmbH zwischen Januar 1982 und Dezember 1988 ausgeļbte TÃxtigkeit als Angestellte (Leiterin des Labors). Diese TÃxtigkeit stellte im Vergleich zu den spĤter ausgeļbten TĤtigkeiten einer Repro-Hilfskraft bzw. Küchenhilfe die qualitativ am hA¶chsten zu bewertende dar, die aus gesundheitlichen Gründen aufgegeben werden musste. Nach den Angaben der Firma Metallwerk L. war die KlĤgerin zwar in dieser TĤtigkeit nur angelernt, sie wurde jedoch wie eine (einem Facharbeiter entsprechende) Angestellte mit abgeschlossner Berufsausbildung nach der Gruppe T3 des Lohn- und Gehaltsrahmentarifvertrags I 1988 der Metallindustrie Sýdwürttemberg-Hohenzollern entlohnt. Bei diesem nach QualitÃxtsstufen geordneten Tarifvertrag ist davon auszugehen, dass die tarifliche Einstufung auf der QualitAxt der TAxtigkeit beruht (vgl. BSG in SozR 3-2200 § 246 Nr.13). So umfasst die Tarifgruppe T1 lediglich einfache technische TÃxtigkeiten, für die eine Berufsausbildung nicht erforderlich ist; die Gruppe T2 betrifft einfache technische TÄxtigkeiten, die Kenntnisse im Beruf voraussetzen, die in der Regel durch eine abgeschlossene Berufsausbildung oder auf entsprechend andere Weise erworben worden sind. Die für die Klägerin maÃ∏gebliche Gruppe T3 erfordert zusĤtzlich mehr SelbststĤndigkeit und Erfahrung. Darļber hinaus verlangt die nĤchsthĶhere Gruppe T4 schwierigere technische TĤtigkeiten, die mehrjÄxhrige Berufserfahrung oder einer Fachschulausbildung entsprechende Berufskenntnisse erfordern. Diese Merkmale gehen offensichtlich über eine normale abgeschlossene Berufsausbildung hinaus.

Gegenüber den "besonderen Anforderungen der bisherigen Berufstätigkeit" von geringerem Gewicht ist die Ausbildung, die lediglich den Weg kennzeichnet, auf dem die den Beruf qualifizierenden Kenntnisse und FĤhigkeiten regelmĤÄ∏ig erworben werden. Selbst dann also, wenn ein Versicherter die für einen bestimmten Beruf vorgesehene Ausbildung nicht durchlaufen hat, ist dieser dennoch sein bisheriger Beruf, wenn er ihn nicht nur vorÄ1/4bergehend vollwertig ausgeübt hat (BSG SozR 2200 § 1246 Nrn.55, 68). Dass die Klägerin im Labor zweifellos über eine Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu anderen Versicherten derselben Berufsgruppe verfÃ1/4gt hat (BSG SozR 2200 § 246 Nr.129), ergibt sich eindeutig aus den Darlegungen der Firma Metallwerk L. im Schreiben vom 19.12.2003. So war die KlĤgerin als Leiterin des Labors angestellt und es gehĶrten zu ihren Aufgaben, die tĤglichen Proben des Produktionsmaterials auf deren metallurgische Zusammensetzung zu untersuchen. Es handelte sich um recht aufwändige Verfahren, die drei bis vier Stunden dauerten und ein groÃ∏es Fachwissen und genaues, sorgfÄxltiges Arbeiten erforderten. Die Analysen waren immer unter einem gewissen Zeitdruck zu erledigen, da die Produktion auf die zur Weiterverarbeitung freizugeben. Die KlAzgerin war als gelernte Zeichnerin auf diese Position eingesetzt, weil sie damit bereits ýber Vorkenntnisse verfügte. Die deshalb nur etwa ein Jahr andauernde und erforderliche Anlernzeit wurde unter Zeitdruck durchgeführt und die Klägerin erlernte das Handwerkszeug einer Chemielaborantin einschlie̸lich des Fachwissens für die in ihrer Firma vergossenen Sonderlegierungen. Als eigenverantwortliche Leiterin des

Laborbereichs oblagen der KlÄ α gerin die Organisation und das Bestellwesen fÃ α diesen Bereich und es wurden auf Grund ihrer Ergebnisse Produktionsfreigaben erteilt und QualitÃ α tszertifikate fÃ α die Legierungen ausgestellt. Ihre TÃ α tigkeit war von hoher Bedeutung fÃ α den korrekten Betriebsablauf. Damit genoss die KlÃ α gerin auch die Verantwortung und VorzÃ α de einer Fachkraft. Der Arbeitgeber betont, dass durch die Vorkenntnisse aus der technischen Ausbildung nicht alle fÃ α den Beruf der Laborantin notwendigen Kenntnisse neu erlernt werden mussten, sondern nur die fachspezifischen Detailkenntnisse. So wurde die Kl α gerin als Laborantin im Angestelltenverh α ltnis besch α tigt und bezahlt, ohne eine entsprechende Abschlusspr α d α ltnig als Laborantin abgelegt zu haben.

Diese TÃxtigkeit hat die KlÃxgerin auch zweifellos aus gesundheitlichen Gründen aufgegeben, wobei es ohne Bedeutung ist, ob ein ursÄxchlicher Zusammenhang alleine mit schäzdigenden Einflä¼ssen am Arbeitsplatz bestand. Dr.E. hat in seinem Gutachten vom 17.11.2003 und der ergĤnzenden Stellungnahme vom 29.02.2004 sich dazu eingehend geäuÃ∏ert. Es steht fest, dass zum damaligen Zeitpunkt VerÄxnderungen an der Lunge bestanden haben, die zwar noch nicht zu einer wesentlichen FunktionseinschrĤnkung gefļhrt hatten, aber rĶntgenologische VerĤnderungen vorhanden waren wie auch eine leichte DiffusionsstĶrung. Diese VerĤnderungen waren im Wesentlichen (auch) auf das langjährige Rauchen zurückzuführen. Bei einer bestehenden pulmonalen VorschĤdigung, egal welcher Ursache, sind zusĤtzliche inhalative Noxen zu vermeiden. Aus der beigezogenen Akte der Berufsgenossenschaft geht eindeutig hervor, dass damals inhalative Noxen vorhanden waren. Bei der nachgewiesenen pulmonalen SchĤdigung war die Beendigung der LabortĤtigkeit aus sozialmedizinischer Sicht zu empfehlen, da eine Verschlimmerung der bestehenden SchĤdigung zu erwarten war. Dass seinerzeit eine Berufskrankheit nicht festgestellt werden konnte, ist in diesem Zusammenhang ohne Belang. Aus den Feststellungen von Dr.E. ergibt sich auch, dass die TÄxtigkeit im Labor weiterhin nicht mehr zumutbar ist, da die KlĤgerin weiterhin den inhalativen Noxen ausgesetzt wĤre und nicht unter Zeitdruck arbeiten darf, was aber das Metallwerk L. als notwendig bezeichnet hat. Damit liegt BerufsunfĤhigkeit vor, weil eine Verweisung auf die danach ausgeübten qualitativ geringertigen TÃxtigkeiten innerhalb des Mehrstufenschemas nicht mĶglich ist. Gleiches gilt für die von der Beklagten benannten VerweisungstÄxtigkeiten, die allenfalls fļr einen Versicherten des oberen Anlernbereichs gelten k\(\tilde{A} \) nnten.

Da die KlĤgerin somit ab Antragstellung einen Anspruch auf Leistungen einer Rente wegen BerufsunfĤhigkeit hat, waren das angefochtene Urteil des Sozialgerichts Augsburg sowie die ablehnende Entscheidung der Beklagten dementsprechend abzuĤndern.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG und berücksichtigt das teilweise Obsiegen der Klägerin. Der Senat hat darüber hinaus von der in § 192 SGG eröffneten Möglichkeit der Verhängung von Verschuldenskosten Gebrauch gemacht, da die Beklagte den Rechtsstreit fortgeführt hat, obwohl ihr vom Vorsitzenden im Termin die MiÃ□bräuchlichkeit der (weiteren) Rechtsverfolgung dargelegt worden war. Die Beklagte hat zum Termin einen mit einer

uneingeschrĤnkten Vollmacht ausgewiesenen Vertreter entsandt. In Kenntnis des Ergebnisses der durchgefýhrten Beweisaufnahme und der bei Berýcksichtigung der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zu erwartenden Wahrscheinlichkeit eines Vergleichsvorschlages hat sie intern eine Weisung erteilt, dass ein Antrag zu stellen sei, was dem Verbot eines Vergleichsabschlusses (Teil-Anerkenntnis von Berufsunfähigkeit) gleichkommt. Ein derartiges Verhalten sieht der Senat als miÃ□bräuchlich im Sinne des § 192 Abs.1 Satz 1 Ziff. 2 SGG an mit der Folge der an die Staatskasse zu zahlenden Kosten. Die vom Senat zu schätzende Höhe dieser Kosten beträgt mindestens 225,00 EUR (vgl. § 192 Abs.1 Satz 3, § 184 Abs.2 SGG) und wurde vom Senat auf 500,00 EUR festgesetzt.

GrÃ $\frac{1}{4}$ nde fÃ $\frac{1}{4}$ r die Zulassung der Revision nach $\frac{2 GG}{1}$ liegen nicht vor.

Erstellt am: 09.08.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024